

# Volksblatt

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle - Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Behörden. **Gründungspreis** 6. Reichsmark. **Einzelpreis** Nr. 24675, 24676, 24677, 24678, 24679, 24680. **Beitragliche** Kassenbeiträge mittags von 13 bis 14 Uhr. — Einzelantrag eingehenden Abonnenten in Halle bis **Hildesheim** befristet. **Bezugspreis** monatlich 1,50 und 0,30 Mk. **Abbestellungsgebühr**, insgesamt 2,10 Mk., für Abholer wöchentlich 0,45 Mk., **Bezugspreis** 2,10 Mk., durch **Postboten** angefordert 2,10 Mk., bei direkter **Entsendung** an den **Verlag** 2,40 Mk. — **Einzelantrag** Nr. 13 bis 14 Uhr, im **Verlags** und 20 Uhr, im **Postamt** der **Post**. **Beitragliche** Nr. 24675, 24676, 24677, 24678, 24679, 24680. **Beitragliche** Nr. 24675, 24676, 24677, 24678, 24679, 24680.

Das Volk will kein Nazi-Theater, es will Kampf gegen die Massennot!

# Berpuffte braune Provokation

## Die Blutgier der SA. Hitlers in Berlin nicht gestillt

Loth des provokatorischen Auftretens der SA. Hitlers ist entgegen allen Erwartungen der Sonntag in der Reichshauptstadt im großen und ganzen ruhig verlaufen. Wenn es nach dem Willen der SA. Hitlers gegangen wäre, dann wäre es am Sonntag zu einem großen Blutergießen gekommen. Sie ist auf Befehl Hitlers auf dem Bülowplatz vor dem Marienbühl-Haus, der kommunikativen Zentrale in Berlin, aufmarschiert. „Mit der Front nach dem Siebnacht-Haus“, so hieß es in den Befehlen der SA-Führer. Diese freche Provokation fand alle Unterführer des Polizeipräsidenten Melzer, der bekanntlich von den Kommissaren eingeleitet wurde, um „Ruhe und Ordnung“ in Berlin herzustellen, die unter dem Polizeipräsidenten Orgesinski niemals gefährdet war, wie am Sonntag. Nach dem Willen dieses Herrn Melzer — den Namen muß man sich für alle Zeiten merken — wurde auf Befehl der SA-Führung ein ganzes Berliner Stadtviertel abgerastert, nur damit die braune Garde den Versuch der frechen Provokation machen konnte. Die gesamte Berliner Polizei war alarmiert. Panzerwagen waren aufgestellt, Polizei hatte die Karabiner kugelfertig umgehängt, alle Zugangstraßen waren abgeriegelt.

keine Menschen zu sehen. Soweit Berliner auf die braunen Marschkolonnen trafen, hatten sie meist nur Mitleidung für die Nazis übrig. Man kann mit Genugtuung feststellen, daß der braune Aufmarsch der Provokation kein Ziel erreicht hat. Gütlicherweise waren die Kommunisten vernünftig genug, nicht mit Gewalttätigkeiten gegen die Nazis vorzugehen. Man hatte in Berlin allgemein befürchtet, daß es nach dem Moskauer Vorbild vom vorigen Sommer, wo Nazis ebenfalls provoziert durch Arbeiterstraßen marschierten, zu schweren Zusammenstößen kommen würde. Bei dem Aufmarsch am Radmitzplatz ist es zu diesen Zusammenstößen nicht gekommen. Es wäre nur zu wünschen gewesen, daß sich die Kommunisten bei früheren Anlässen, als sich die Polizei noch in sozialdemokratischen Händen befand, ebenso vernünftig verhalten hätten. Die Sozialdemokratische Partei Berlins, habe einen Aufruf erlassen, sich nicht provozieren zu lassen und jeder Kundgebung an diesem Sonntag fernzubleiben. Dieser Aufruf hatte eine sehr gute Wirkung.

Man geht wohl nicht fest in der Annahme, daß die Führung der KPD zu diesem Aufmarsch aufgerufen hätte, um ihre Anhänger von ihrer ermüdeten Verfassung zu erheitern. Man will die Tolerierung Schlichters verurteilen. Auf der anderen Seite hat man noch Unbesonnenheiten von der kommunistischen Partei erhofft, damit die Schlichter-Regierung nicht leicht gedrungen gewesen wäre, mit einem Vortag gegen die KPD vorzugehen. Die Hinführung der Nazis wäre ein weiteres willkommenes Ablenkungsmittel gewesen, das man gebietet hätte, den Verrat der Nazis zu verdecken. Dieses Ablenkungsmittel haben die Nazis nun nicht in der Hand. Das Volk wird nun mit aller Ruhe zusehen können, wie sich die KPD in ihrem Vortag verrät verfangt! und wie sie an ihren eigenen Lügen, Verleumdungen und Verbrechen erschlickt. Wird sie den Reichstag abermals verlagern? Das Volk will keine Aufmärsche! Es hat Hunger! Es will den Kampf gegen die Not, es will tätigen Kampf gegen das Massenelend. Hier haben die Nazis verlagert! Den Kampf gegen die Massennot führt allein die Sozialdemokratische Partei Deutschlands! Die große Provokation der Nazis vom Sonntag ist verpufft! Melzer's Dreck und melcher's Verbrechen werden für nun erlitten, das Volk von ihrem Verrat abgelenkt? Es sei nur noch festgestellt: Wenn es am Sonntag in der Reichshauptstadt nicht zu schweren Zusammenstößen gekommen ist, so ist das nicht dem Verhalten der braunen Woyzeck, auch nicht dem Verhalten der preussischen Kommissare, sondern einzig und allein der Disziplin der Berliner Arbeiterklasse zu danken. Die polizeilichen Abwehrungen bei dem braunen Aufmarsch wurden sehr streng durchgeführt. Der „autonome“ Polizeipräsident hatte keine Befehle gegeben. In einer Stelle ging die Polizei mit ausgeprägtem Selbsteinsatz gegen Demonstranten vor. Bis zum frühen Sonntagabend meldete die Polizei etwa hundert Zwangsstellungen. Zwei Polizeibeauftragte und einige Personen wurden zum Teil leicht, zum Teil schwer verletzt.

# Die weiteren Osthilfessandale

## Die Rolle des habgierigen Feudaladels

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Feing hat im Haushaltsausschuß des Reichstages einige besonders traurige Fälle aus dem Osthilfessandale mitgeteilt. Nun schreibt das Zentrum nahegelegene Breßlau-Kraus: „Wiederum klagt die Reichsregierung zu den Fragen, ob Herr Odenburg-Sanufschu 221 000 Mark zur Umhuldung erhalten habe, obwohl über 400 000 Mark bereits ausgegahlt worden seien. Ist es auch möglich, daß sich Odenburg-Sanufschu in der Mark ein Gut gekauft und zu derselben Zeit mit keinem optischen Gut in das Sicherungsverfahren geht? Das ist aber nicht der einzige Skandal.“

Was erinnert an die Befassungsstelle des rheinischen Gebietes, — nur mit dem Unterschied, daß hier „Feinde“ eingeschoben waren und nicht „nationale“ Kreise diese „Sicherungen“ erzwungen hatten. Ebenfalls können die Nazis stolz darauf sein, daß sie ihre Erinnerung an den Berliner Madgrafen haben. Das „nationale“ Gebot nimmt das Deutschland für sich allein in Anspruch, hängt es aber durch keine Provokationen fertig, daß sich Deutsche schlimmer als zur Besatzungszeit betriebl haben.

Ein großer Wollerechrobruch ereignete sich am Sonntag früh gegen 7 Uhr in der Lühner Straße in Charlottenburg und kurz darauf in der benachbarten Berliner Straße. Das Wasser überdeckte beide Straßenzüge in großer Ausdehnung, so daß die Straßenbahnen und Autos fast umgeleitet werden mußten. Die Berliner Straße war Hundstagen überpaßt nicht passierbar. Die Feuerwehr jenseitig die Stromzufuhren der elektrischen Oberleitung, um Kurzschluß zu vermeiden. Der Hauptschaden konnte erst nach 10 Uhr beseitigt werden.

Der Aufmarsch der Nazis verlief ohne besondere Zwischenfälle. Der eigentliche Anlaß war die Demonstration für einen Rationalisierungsfortschritt, der vor mehreren Jahren als Opfer der Bürgerkriegsbege der KPD abgelehrt worden war. In den Führerkreisen der KPD schämte man sich nicht, das Gedenken an diesen Fortschritt zu machen. Aus der Reichshauptstadt, aus Braunschweig und anderen angrenzenden Bezirken waren einige zehntausend SA-Leute aufgemarscht. Die „braune Armee“, die unter dem Schutz des Kommissars Recht und seines Polizeipräsidenten Melzer aufmarschierte, machte einen jämmerlichen Eindruck. Weitens sah man junge Menschen, die von den braunen Führern gegen andere Deutsche angehetzt werden. An den Berliner Straßen, durch die die Nazis marschierten, waren fast

Wegen einer starken, immer mehr an sich greidenden Grippeepidemie in Panama hat der Gesundheitsminister die Schließung aller Schulen gefordert. In der polnischen Kolonie des 22. Infanterieregimentes in Siedice bei Lublin brach die Cholera mit 2000 Infizierten nieder. Der Schaden wird auf 300 000 Zloty beziffert. Zwischen der Türkei und Griechenland wurde in Athen ein Abkommen unterzeichnet, nach dem

der Osthilfessandale mitgeteilt. Nun schreibt das Zentrum nahegelegene Breßlau-Kraus: „Wiederum klagt die Reichsregierung zu den Fragen, ob Herr Odenburg-Sanufschu 221 000 Mark zur Umhuldung erhalten habe, obwohl über 400 000 Mark bereits ausgegahlt worden seien. Ist es auch möglich, daß sich Odenburg-Sanufschu in der Mark ein Gut gekauft und zu derselben Zeit mit keinem optischen Gut in das Sicherungsverfahren geht? Das ist aber nicht der einzige Skandal.“

Der Aufmarsch der Nazis verlief ohne besondere Zwischenfälle. Der eigentliche Anlaß war die Demonstration für einen Rationalisierungsfortschritt, der vor mehreren Jahren als Opfer der Bürgerkriegsbege der KPD abgelehrt worden war. In den Führerkreisen der KPD schämte man sich nicht, das Gedenken an diesen Fortschritt zu machen. Aus der Reichshauptstadt, aus Braunschweig und anderen angrenzenden Bezirken waren einige zehntausend SA-Leute aufgemarscht. Die „braune Armee“, die unter dem Schutz des Kommissars Recht und seines Polizeipräsidenten Melzer aufmarschierte, machte einen jämmerlichen Eindruck. Weitens sah man junge Menschen, die von den braunen Führern gegen andere Deutsche angehetzt werden. An den Berliner Straßen, durch die die Nazis marschierten, waren fast

Wegen einer starken, immer mehr an sich greidenden Grippeepidemie in Panama hat der Gesundheitsminister die Schließung aller Schulen gefordert. In der polnischen Kolonie des 22. Infanterieregimentes in Siedice bei Lublin brach die Cholera mit 2000 Infizierten nieder. Der Schaden wird auf 300 000 Zloty beziffert. Zwischen der Türkei und Griechenland wurde in Athen ein Abkommen unterzeichnet, nach dem

der Osthilfessandale mitgeteilt. Nun schreibt das Zentrum nahegelegene Breßlau-Kraus: „Wiederum klagt die Reichsregierung zu den Fragen, ob Herr Odenburg-Sanufschu 221 000 Mark zur Umhuldung erhalten habe, obwohl über 400 000 Mark bereits ausgegahlt worden seien. Ist es auch möglich, daß sich Odenburg-Sanufschu in der Mark ein Gut gekauft und zu derselben Zeit mit keinem optischen Gut in das Sicherungsverfahren geht? Das ist aber nicht der einzige Skandal.“

Der Osthilfessandale mitgeteilt. Nun schreibt das Zentrum nahegelegene Breßlau-Kraus: „Wiederum klagt die Reichsregierung zu den Fragen, ob Herr Odenburg-Sanufschu 221 000 Mark zur Umhuldung erhalten habe, obwohl über 400 000 Mark bereits ausgegahlt worden seien. Ist es auch möglich, daß sich Odenburg-Sanufschu in der Mark ein Gut gekauft und zu derselben Zeit mit keinem optischen Gut in das Sicherungsverfahren geht? Das ist aber nicht der einzige Skandal.“

Der Osthilfessandale mitgeteilt. Nun schreibt das Zentrum nahegelegene Breßlau-Kraus: „Wiederum klagt die Reichsregierung zu den Fragen, ob Herr Odenburg-Sanufschu 221 000 Mark zur Umhuldung erhalten habe, obwohl über 400 000 Mark bereits ausgegahlt worden seien. Ist es auch möglich, daß sich Odenburg-Sanufschu in der Mark ein Gut gekauft und zu derselben Zeit mit keinem optischen Gut in das Sicherungsverfahren geht? Das ist aber nicht der einzige Skandal.“

# Wichtiger Vorstoß der Gewerkschaften

## Dringende Arbeiterforderungen an Hindenburg

Der Kampf gegen die Massennot hat die freien Gewerkschaften von neuem auf den Plan gerufen. Am Sonnabend trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin zu einer Sitzung zusammen, an der auch die Bezirksleiter des Bundes teilnahmen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die brennenden Fragen der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitszeitverkürzung. Während der Tagung fand ein Empfang der Gewerkschaften beim Reichspräsidenten statt. Mit größtem Nachdruck forderten die Gewerkschaften von Hindenburg, daß nun endlich durchgreifende Maßnahmen zur Verringerung des fürchterlichen Massenleids ergriffen werden. Neben dem Empfang beim Reichspräsidenten berichtigten wir an anderer Stelle.

Der Jahall der Besprechungen ergibt sich aus folgendem Schreiben der Bundesvorstände an den Reichspräsidenten, das von den Vertretern der Gewerkschaften in der Aussprache eingehend begründet wurde:

In einer Zeit höchster wirtschaftlicher und sozialer Not der wachsenden Bevölkerung, insbesondere der rund 7 Millionen erwerbsfähigen Volksgenossen, wenden wir uns an Sie, Herr Reichspräsident, um Ihre Aufmerksamkeit auf die nunmehr unerträglich gewordenen Verhältnisse zu lenken.

Als wir am 26. Februar 1931 zusammen mit Vertretern der anderen gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Ehre hatten, Ihnen die damalige Lage zu schildern, erwarteten Sie mit uns eine allmähliche wirtschaftliche und soziale Besserung. Damals zählten die Arbeitslosen 5 Millionen Erwachsene. Unter den 7 Millionen Erwerbslosen von heute befinden sich zahlreiche Jugendliche, denen nach der Schulentlassung Arbeit im Erwerbsleben überhaupt noch nicht vergönnt war.

Wir sind uns bewußt, daß unter der Waage der Wirtschaftskrise fast alle Schichten der Bevölkerung leiden. Wir kennen die Sorgen und Klagen aller Berufsstände und Wirtschaftszweige. Wir wissen besonders, daß infolge des Zusammenbruchs der Weltmarktlaut, der Verarmung großer Teile der industriellen Bevölkerung, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse trotz gelunkener Preise keinen Absatz finden können.

Mehr es muß doch mit allem Nachdruck hervorgerufen werden, daß in der lang andauernden Krise die Verelendung den schlimmsten Grad erreicht hat bei den großen Teilen der Arbeiterschaft, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zu verwerten und zu langfristiger Erwerbslosigkeit verurteilt sind. Während es sich bei der Masse anderer Bevölkerungsklassen vielfach um die Gefährdung ihres Besitzes handelt, geht es bei den Erwerbslosen zum großen Teil um die Gefährdung des nackten Lebens.

Die Unmöglichkeit, den notwendigen Bedarf an Ernährung und Kleidung für sich und ihre Familienangehörigen zu decken und in menschenwürdigen Wohnungen zu wohnen, hat diese Menschen tief verelendigt und in Verzweiflungstimmung getrieben.

Zugleich ist für die noch Beschäftigten in erheblichem Umfang die Arbeitsarbeit weiter durchgehört worden. An der Zahlensumme waren von je 100 Mitgliedern der MDGB, angeschlossenen Verbände nur noch 32,2 voll beschäftigt, 22,2 waren Kurzarbeiter und 45,6 voll arbeitslos. Die normale Beschäftigung hat sich also in eine Ausnahme verwanandelt. Weniger als ein Drittel der Arbeiter bringt noch den vollen, aber durch den Lohnabbau um 25 bis 30 Proz. verringerten Wochenlohn nach Hause.

Neben den gemaltigen Opfern an Lohn hat der fortgesetzte Abbau aller sozialen Leistungen die Arbeiterschaft auf schwerste betroffen. Die Arbeitslosenversicherung kommt heute nur noch einem kleinen Bruchteil der Arbeitslosen und auch diesem nur während der Dauer von sechs Wochen zugute, obwohl durchschnittlich 8 Proz. des Lohnes für die Versorgung der Arbeitslosen in Anspruch genommen werden. Etwa 2 1/2 Millionen Arbeitslose sind ihrem Schicksal bei den Wohlfahrtsämtern der finanziell ärmsten Gemeinden überlassen.

Gegen Sie sind die Rentenempfänger durch die Kürzungen der Invaliden- und Unfallrenten der Verelendung anheimgefallen.

Der Zusammenbruch der Weltmarktlaut hat der deutschen Ausfuhrindustrie teine neuen Märkte erobern können, er hat im Gegenteil noch den Binnenmarkt zerstört. Die Handelspolitik der Regierung ist von der Vorstellung beherrscht, der Landwirtschaft auch bei zusammengebrochener Weltmarktlaut helfen zu können. Diese Vorstellung ist irrig. Wenngenmählich ist die landwirtschaftliche Produktion von der Krise unberührt geblieben. Da aber mangels genügender Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung die Agrarerzeugnisse teine ausreichenden Absatz finden können, sinken ihre Preise.

Hier helfen entscheidend weder Subventionen noch Zölle. Aus diesem Krisis gibt es so lange

keinen Ausweg, solange nicht die Kaufkraft der Verbraucheremassen der industriellen Bevölkerung gesteigert und unballasteter Grundbesitz in zweckmäßige Siedlungen umgewandelt wird.

Die Verbilligung über die Agrarpolitik der Regierung ist besonders gerade in den Ländern stark, die einen großen Teil des deutschen Anfuhrerports aufnehmen. Je mehr diese Länder ihren Anfuhrerbedarf in anderen Ländern decken, je mehr erhöht sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Diese einseitige auf Agrarprodukten eingeleitete Handelspolitik führt daher hinaus zur Durchgrößerung des deutschen Handelsvertragsystems, das auf dem Grundba der Weltbilligung aufgebaut war und das mit diesem Grundba der deutschen Exportindustrie gident hat, ohne der Landwirtschaft wirklich zu schaden. Eine Handelspolitik, die auf Deutschlands Anfuhrerport nicht genügende Rücksicht

## Erpreßte Treue

### Flennend und zerknirscht vor dem Führer

So können Sie von sich sagen, die Herren Gauleiter und S.L.-Führer, die jederzeit Hitler die Treue schwören und die ihm unter Tränen die Hände küssen, wenn es von ihnen verlangt wird, die aber andererseits bald hier bald da über inneren Angrim und ihrer Zerknirscht über die traurige Rolle, die sie spielen, Luft machen. Otto Straßer hat teine Zeit deutlich die sogenannte S.L.-Sache geschrieben, die dem Ausgehenden Gregor Straßers nachgeschloß. Die Schilderung hat gezeigt, bis zu welchem Ausmaß die Verletzung persönlicher Würde und Männlichkeit und die Servilität bei teinen deutschen Männern fliegen kann. Die Wahrheit dieser Schilderung wird von den Nationalsozialisten während bekritten, aber dabei haben die letzten Vorgänge in der NSDAP, auf das deutlichste enthüllt, wie lebenswahr die Züge sind, die Otto Straßer in dieser Schilderung wiedergegeben hat.

Da ist der Fall des S.L.-Führers von Franken, des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Stegmanna. Er rebellierte mit der gesamten fränkischen S.L. gegen den Reichswahlleiter Streicher, einen Tschiffen der ersten Stunde aus Hillers enger Umgebung, dessen Agitation die widerlichsten, geradezu pathologischen Züge zeigt und der sich ganz offensichtlich mit Hilfe dieser Agitation fränkisch bereichert hat. Dieser S.L.-Führer, auch eine S.L. Nummer an Männlichkeit und Konsequenz, hatte kaum die Töne der Rebellion erhoben, als er schon wieder klein belag. „Ich war bei meinem Führer“, so begann eine Treue-Erklärung für Hiller, die er alsobald abgab. Danach aber merkte der wackere Mann, daß er etwas hinter sich hatte, nämlich fast die ganze S.L. von Franken. Nun beschloß er wider alles und gegen alle S.L. gegen den Reichstags zurück und stellte sich an die Spitze des Freikorps Franken, d. h. der abgestellten fränkischen S.L. Hiller und Göring waren allerdings ferner als er. Sie machten sofort nach dem Treue-Bekennnis Gebrauch von dem Angebot Stegmanns, sein Reichstagsmandat zur Verfügung zu stellen. So wurde die Person des Nachfolgers des Herrn Stegmanna im Reichstag gleichmäßig mit der neuen Rebellion Stegmanns beauftragt.

Der neue Abteil Stegmanns hat Hiller in furchtbaren Toren verlehrt. In einer Erklärung Hell er ließ, daß der frühere S.L.-Führer Stegmanna immer noch ein zerknirscht herrlichst verächtlich habe und die Hindenburg Vorstellen gänzlich unbefähigt zu sein. Er habe ihm das feierliche Ehrenwort gegeben, sich aller weiteren parteischädigenden Handlungen zu enthalten. Stegmanna habe ihm damit auf das niederträchtigste belogen und sein Wort gebrochen. Er werde deshalb fort ausgeschloßen, und wer sich zu ihm betenne, teile dies Schicksal. Der Schluß dieser Erklärung lautet:

„Ich erkläre weiter, daß eine Wiederaufnahme in die NSDAP, der aus diesem Grunde Ausschlößelien niemals mehr meine Genehmigung erhalten wird.“

Hiller nich es sich natürlich überlegen, die gesamte S.L. von Franken ein Stückchen heiliger geben zu lassen. Er wird reichlich froh sein, wenn er einen Teil davon wiederbekommt, und daß sein Hillerwort dem entgegensteht, wird ihm dabei teine Beschwernis machen. Was ist schon ein Hillerwort, da lieber Gott!

Aber daß Hiller den S.L.-Führer Stegmanna aus flennend und zerknirscht vorstellt, daß das nicht ganz auszeichnet in den Schilderungen, die Otto Straßer von der Hindenburg-Szene gegeben hat? Der Straß in der NSDAP, scheint recht genug zu sein. Herr Rude spricht in einem Aufsatz davon, daß drei oder vier der S.L. von Franken ein Stückchen heiliger haben, ein Treue-Bekennnis zu Hiller absteuert hätten. Der Wert solcher Treue-Bekennnisse ist ganz problematisch, siehe den Fall Stegmanna, siehe auch den Fall Gottfried Feger. Der Schour nach Straßers Ausleit Hiller die Treue und erzählte dann Herrn von Schleißer, daß sein Treue-Bekennnis auf Grund der reinen Erpreßung zustande gekommen sei. Drei oder vier Gauleiter als schwachen zugegeben, das läßt schon auf weitgehende Zerknirscht schließen. Wie lange wird Ihre Treue-Bekennnisse Gültigkeit haben?

nimmt, Hilfer Unheil, indem sie neue Erwerbslosigkeit erzeugt und damit auch der Landwirtschaft neuen Schaden zufügt.

Zusammengefaßt gefaßt wir uns, so folgen:

1. Die erste Voraussetzung für eine Entspannung der unerträglichen Lage ist eine großzügige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiet müssen mit größter Beschleunigung erheblich erweitert werden.

2. Der dadurch eingeleitete Besserungsprozess ist in seinem Umfang und Tempo wesentlich abhängig von der Arbeitszeit der Volkswirtschaft. Demzufolge muß eine der Produktionsbedeutung angepaßte Arbeitszeitverkürzung geleitet durchgeführt werden, die jedoch nicht zu weiteren Einkommensminderungen der Arbeitenden führen darf.

3. Die Pflege weltwirtschaftlicher Beziehungen zur Schaffung und Steigerung der deutschen Ausfuhr muß die vornehmste Aufgabe der deutschen Handelspolitik sein.

4. Der Wiederaufbau der Weltmarktlaut und der sozialen Leistungen mit dem Ziel der Schaffung eines umfangreichen Binnenmarktes muß den Besserungsprozess unterstützen.

Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, diese vorordentlichen Aufgaben zur Verringerung der erschütternden Not großer Teile der Arbeiterschaft mit Ihrem starken Einfluß unterstützen zu wollen.

Schachingssooll  
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.  
Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Diese innere Zerknirscht wird durch das Stegengeheiß der Leute um Hiller über die Wahl in die Spitze nicht verdeckt. Daß diese Zerknirscht von ihnen gewünscht wird, zeigt ihr klägliches Unsil in den Reden des Reichstags. Die inneren Schwierigkeiten sollen nun durch verärfte ant-

jemittliche Heße und durch ein Wiederaufgepfiffenes des blutigen Errors verdeckt werden! Unter diesen Umständen gewinnt die Propaganda, die die NSDAP, in Berlin auf dem Allplapp von dem Karl-Liebknecht-Haus beschlossen hat, ihr ganz besonderes Gewicht!

# Gegen Massennot!

## Die SPD.-Reichstagsfraktion führend im Kampf

Die Massen des Volkes warten nun schon seit vielen Wochen darauf, daß der Reichstag das Unrecht wieder gut mache, das ihnen die „autoritäre Staatsführung“ zugefügt hat. Mit Recht verlangen die Interküllungskämpfer eine Wiederverkehr ihrer Besitze auf einen Stand, der ihnen eine menschenwürdige Lebenshaltung sichert. Die Mieter fordern die Herabsetzung ihrer Lasten, damit sie in einem erträglichen Verhältnis zu ihrem gekauteten Einkommen stehen. Die gesamte arbeitende Bevölkerung will, daß endlich ein großzügiges Arbeitsprogramm durchgeführt wird. Was aber tun die bürgerlichen Parteien, wie handelt vor allem die Nationalsozialistische Partei? Sie verschleppen immer auf neue die Einberufung des Reichstags, die Nazis wollen den Willen des Volkes überhaupt nicht mehr zum Ausdruck kommen lassen. In den Schöpfen der Gewerkschaften, in den Willen der Baufrühen geben die Nazisführer ein und aus, in geheimen Konventikeln und dunklen Kabinetten wird intrigiert und geschwiegen, als ob das Wohl des Volkes nur ein Handelsobjekt wüßigen profitstichtigen Kapitalvertretern und politischen Abenteurern sei.

Die Sozialdemokratische Partei will nicht gewillt, diesem Spiel nach lange zuzusehen. Sie wird die Massen des wertvollen Volkes aufrufen, um mit verkräftem Druck die Durchführung ihrer berechtigten Forderungen zu erreichen. Die Sozialdemokratie verlangt, daß der Reichstag in allerfrühesten Frist wieder zusammenberufen wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist entschlossen, alle ihre zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um dem Willen des Volkes, daß das Parlament seine Arbeit wieder beginne, zur Geltung zu bringen. Zu diesem Zweck hat der fraktionssprecher am Sonnabend beschlossen, die Gesamtfraktion auf Montag, den 30. Januar, einuberufen, auch für den Fall, wenn es den Nazis in der Reichstagsauflösung zum Freitrag gelingen sollte, die Verhandlungen des Reichstags noch weiter zu verschleppen. In dieser Sitzung werden dann die erforderlichen Beschlüsse zu fassen sein.

## Auswärtiger Ausschuß

### Weiterberatungen verlag

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags legte am Sonnabend die außenpolitische Aussprache fort. Dabei wurde zunächst ausführlich und in Anwesenheit des Reichsaussenministers Brücher, in Gegenwart sowie einiger Beamten über die Öhragen gesprochen.

Die Abstimmung über verschiedene von den nationalsozialistischen Ausschußmitgliedern eingebrachten Anträge, die die spezielle Lage Danzigs zum Gegenstand hatten, wurde zunächst zurückgestellt.

Nachdem noch die mit Österreich zusammenhängenden Fragen der deutschen Außenpolitik behandelt worden waren, verlagte sich der Ausschuß auf Donnerstag, den 26. Januar 1933. Dann sollen die noch auf der Tagesordnung stehenden, heute unerledigt gebliebenen Fragen zu Ende geführt werden. Es handelt sich um den Schatz der deutschen Ministerien im Auslande, die handelspolitische Lage Deutschlands, um Kolonialfragen und um eine Erörterung des fernöstlichen Konflikts im Zusammenhang mit dem Winterbau.

## Protest gegen Autarkie

### Von den Deutschen in Schweden

#### Eigener Bericht

Stockholm, 21. Januar.

Unter den in Schweden anfalligen Deutschen ist eine Massenprotestaktion gegen die Handelspolitik der Reichsregierung unter der Führung des deutschen Amal Dr. Sanßen eingeleitet worden. Alle deutschen Staatsangehörigen, die in Schweden leben, werden aufgefordert, eine Petition an Hindenburg zu unterzeichnen, in der der Reichspräsident ersucht wird, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Effizienz des Deutichums in Schweden durch verkehrte handelspolitische Maßnahmen nicht aufs Spiel gesetzt wird. Mit großer Sorge, so heißt es in dem Hiller an Hindenburg, haben die in Schweden anfalligen

Deutschen und deutsch gebürtigen Kaufleute und Angestellten die Nachricht vom Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen entgegengenommen. Von dem Handelsvertrag ist die Effizienz tausender in Schweden anfalliger deutscher Familien abhängig. Diese können nicht und werden nie einsehen, daß die Vorteile, die sich die Reichsregierung von der Aufhebung des Vertrags verspricht, auch nur annähernd den Schaden auswiegen, der durch sie verursacht wird.

## Justiz ohne Rechtsgrundlage

### Gerater Gerichte

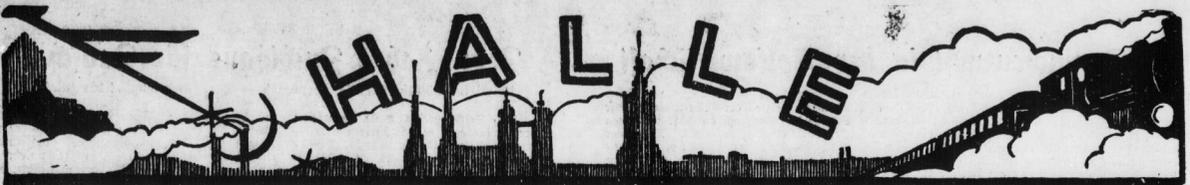
#### müssen die Tätigkeit einstellen

#### Eigener Bericht

Gera, 21. Januar.

Die Inhaberschaft des Staatsbeauftragten für Gera erhält eine schallende Ohrfeige. Bekanntlich hat hier Herr den Stabtrats einisch ausgeschaltet. Der Stabtrats darf überhaupt nicht zumtreten, man konnte aus diesem Grunde daher auch nicht die Vertrauensperson bestimmen, die im Zusammenhang mit dem Bericht die Schöpfen und Geschworenen für das Jahr 1933 bestimmen.

Der Staatsbeauftragte hat die Auswahl der Vertrauenspersonen einisch selbst vorgenommen. Die Thüringer Regierung hat den Staatsbeauftragten in dieser Handlung unterstügt und hat ferner bis jetzt alle Zweifel von beamteten Personen, Rechtsanwältinnen usw. inoffiziell zurückgewiesen. Eine endgültige juristische Entscheidung wird nun durch Revision herbeigeführt. Sollte das Reichsgericht der Revision stattgeben und die Berechtigung der Zweifel anerkennen, so würde für fämtlich unter Mitwirkung von Staatsanwältigen seit 1. Januar 1933 an Gerater Gerichten gefällten Urteile Revisionsantrag gegeben sein. Infolge der von Gerater Rechtsanwältigen an das Oberlandesgericht weitergetretenen Beschlüsse müssen alle Schöpfengerichte und Straftammerungen sowohl beim Amts- wie auch beim Landgericht bis auf weiteres ausfallen.



### Das Stadtparlament tagt

Ein kommunalpolitisches Ereignis steht bevor: Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung werden, wie verlautet, am kommenden Montag wieder mal zu einer Sitzung zusammenberufen. Da es die erste Sitzung im neuen Jahre ist, muß bestimmungsgemäß der Vorstand neu gewählt werden. Der Bürgerklub verfügt zur Zeit noch über eine sichere Mehrheit und die Hofkreuzler sind nur in drei — allerdings ganz erlesenen — Exemplaren vertreten, es behält daher nicht die Möglichkeit, daß die Moskomiter nicht schon einen Nazi vom Kaiser Stoinitsius zum Borscheer wählen, wie sie das in all den Zeiten tun, wo ein Sozialdemokrat mit einem Faschisten in Sitznachbar steht.

Außer der vom Magistrat auf Grund reichskommunalfischer Anweisung beschlossenen Finanzordnung wird sich das Kollegium auch noch mit dem bereits erwähnten Arbeitsbeschaffungs-Programm zu beschäftigen haben. Die ausführliche Magistratsvorlage dürfte den Stadtverordneten heute oder morgen zugehen.

### Über 27000 Arbeitslose in Halle

In zwei Wochen fast 1/3 tausend Zuwachs Das Jahr 1933 hat auf dem Arbeitsmarkt wenig beruhigendes begonnen. Die Zahl der Arbeitslosen im Arbeitsamtbezirk Halle liegt in den ersten 14 Tagen von 62.394 auf 63.771. Am 14. Januar sind also wieder 1386 Arbeitslose hinzugekommen. Einige hundert Neueinstellungen im Bauwesen haben die Entwicklung nicht aufhalten können. Die Inventurverläufe haben außerdem keine Besserung gebracht.

In der Stadt Halle hat sich die Zahl der Arbeitslosen ebenfalls erhöht. Hier wurden wieder 446 Arbeiter und Angestellte entlassen, so daß jetzt 27.252 Arbeitslose registriert werden.

### Der Magistrat gegen

#### Die Erwerbslosen Kleingärtner

Sie haben nach seiner Meinung zu wenig.

Einen scharfen Vorstoß gegen die Erwerbslosen Kleingärtner hat sich der holländische Magistrat geleistet. Da Holz zu teuer ist, benutzen diese armen Menschen zum Bau von Gartenlauben meist Stein, die sie sich aus Abbruchmaterial und von anderen Stellen beschaffen, wo keine großen Kosten entstehen. Sogar hat irgendein holländischer Beamter oder einflußreicher Soldat seinen Garten abgeben und jetzt bei der Magistrat gegen die Organisation der Kleingärtner, den Ortsverband Halle im Reichsverband der Kleingärtner, eine einseitige Verfügung erlassen, die den weiteren Steinlaubbau unterlagert.

Gegen diese Maßnahme veranlassen die Kleingärtner morgen abend um 7 Uhr im großen Saale des Volkspalast eine Protestveranstaltung. Wenn schon den Erwerbslosen durch Anstellung in Kleingärten geholfen werden soll, dann darf man ihnen nicht andererseits das Leben durch solche Maßnahmen, wie sie der Magistrat ergreifen hat, schwerer machen. Es ist ohnehin schwer genug!

## Die Frauen im Wahljahr 1932

### Jahreshauptversammlung der SPD-Frauengruppe

Die Frauengruppe der Sozialdemokratischen Partei veranstaltete am Sonntagabend im Volkspalast ihre Jahreshauptversammlung.

Einen sehr lehrreichen Bildberichtsbericht über Spanien hielt Genosse Krauß. Er führte seinen Zuhörerinnen das Land in der Zeit der fürchterlichen Klassenherrschaft des Mittelalters vor Augen, wo das Volk unermüdet litten mußte, damit die Gelder für den Hof und den Klerus zusammenkommen. Die Vorführung von Gemälden aus dieser Zeit im Lichtbild machte seine Worte anschaulich. Genosse Krauß wies in diesem Zusammenhang empfehlend auf die Bücher des großen spanischen Schriftstellers Ibanez hin, die bei der Büchergilde Gutenberg erschienen sind.

Im Vorstandsratsbericht, den die Vorsitzende Ge-

## Neuer KPD-Erfolg an der Gewerkschaftsfront:

### Die hallischen Holzarbeiter wählen nahezu einmütig ihre bewährte Leitung wieder

Moskau hat seinen deutschen Unteroffizieren befohlen, alles zu tun, um in den Gewerkschaften und Betriebsvereinigungen Einfluß zu gewinnen. Bei diesen Eroberungszügen schreiten die Kommunisten aber auf dem Weg zu Sieg. Von Niederlage zu Niederlage. Nach den Niederlagen bei der Wehag, den Zimmerern und Bekleidungsarbeitern hat die als Opposition getarnte KPD, auch bei den hallischen Holzarbeitern eine empfindliche Niederlage erlitten.

Bei der in der gestrigen Generalversammlung vorgenommenen Vorstandswahl wurden für die Gewerkschaftsliste 145, für die kommunistische Zersplitterungsliste ganze 68 Stimmen abgegeben, so daß der bisherige kommunistische Vorstand mit erdrübender Mehrheit wiedergewählt wurde. Bei der Wahl im Vorjahre war das Verhältnis 99 zu 46 Stimmen; die Stalinisten haben mit ihrer „Rassentamp“-Hege, ihren Schwindelplakaten und zahlreichen Sonderkonferenzen also nur erreicht, daß die Zahl derer, die das wissen, welche Parteien in Halle in den Gewerkschaften haben, sich um rund fünfzig Prozent vermehrt hat.

Wir sind überzeugt, daß man über dieses Ergebnis ebensowenig etwas im Volkshilfenblättern lesen wird, wie über die Niederlagen bei den Zimmerern und Bekleidungsarbeitern. Wahrscheinlich will die Zersplitterungsliste diese „Sieg“-meldungen in der ersten der nächsten Sonnennummer zusammenstellen, damit die Moskauer Gelbgebe sehen, was mit ihren Anbeln erreicht worden ist.

### Die Lage im Bekleidungsgerber

In der Jahreshauptversammlung der Filiale Halle des Bekleidungsgerber-Verbandes erstattete Genosse Springube den Geschäftsbericht. Er wies auf den weitgehenden Schwund hin, der in der Damen- und Herren-Bekleiderei: 16 bzw. 13 Prozent betragen hatte. Das bedeutet eine starke Schrumpfung der Kaufkraft. Es besteht in Kreisen der Bekleiderei vielfach der Gedanke, als seien die Löhne zu hoch und würde dadurch eine Preissteigerung verhindert. Aber das trifft nicht zu, die Löhne sind vielmehr sehr niedrig. Das ergibt sich schon daraus, daß fast die gesamte Arbeit durch Heimarbeiter hergestellt wird, denen kein bestimmter Wochenlohn garantiert wird. Die meisten Arbeiter waren nur etwa 1200 bis 1300 Stunden im Jahre beschäftigt bei einem Verdienst von 71 bis 80 RM pro Stunde. Ueber 30 Prozent der Arbeiter sind schon seit Jahren überhaupt ohne Beschäftigung.

Die Arbeiter haben ihre Abbaumwünsche immer damit begründet, daß sie besaßen, die Löhne der Bekleiderei seien zu hoch, um einleuchtend mit dem Konjunktionsfortschritt zu kommen. Aber am meisten tun sich bei Lohnabgaben gerade Firmen hervor, die in der Hauptstadt Konjunktur machen und nur nebenbei Bekleidungsarbeiten abgeben. In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Verbindlichkeit bei den hallischen Firmen ein, die zum Teil eigene Werkstätten nicht unterhalten und Aufträge an Heimarbeiter vergeben. Teilweise werden solche bestellten Aufträge außerhalb Konjunktionsmäßig hergestellt.

Die Kommunisten traf ihre bereits mitgeteilte Niederlage schwer; mit einem so ungünstigen Wahlungsergebnis hatten sie nicht gerechnet. Deshalb „versahen“ sie auch eine vorbereitete, ganz revolutionäre Geschäftsunabhängigkeit. Von diesem Schlag werden sie sich so bald nicht erholen.

### Verwaltungsbericht für 1931

Die Stadtverwaltung legt in diesen Tagen den Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1931/32 vor. Wie viele Maßnahmen der gemeindlichen Verwaltung erhält auch der Verwaltungsbericht sein Echo durch die Gegenüberstellung der in immer steigendem Maße den Gemeindefinanzverhältnissen aufzubringenden Aufgaben und Kosten mit den immer geringer werdenden finanziellen Mitteln. Von diesen Schwierigkeiten geht der Bericht über die für 1932 angelegten Arbeiten sowie die Ausführungen über die Finanzverhältnisse unter Vorlegung genauer Zahlen bereitet Zeugnis. Gerade aber, wenn man diese beiden Teile durchsieht, wird immer klarer, welchen schnell wachsenden Verhältnissen die Gemeinden von Tag zu Tag gegenüberstehen. Das, was im April 1931 zehnmäßig niedergelegt ist, hat sich Ende März 1932 schon wieder erheblich verschoben und ist jetzt völlig verändert. Aus diesem Grunde verlor der Bericht seinen Charakter, insbesondere besonders herausgehoben — zumal nicht, wenn man schon einen Überblick über die wichtigsten Geschäftsjahre des Jahre 1932 gegeben hat.

### Kälte und Schnee

beherzigen das Straßengeld. Es scheint, als würde es sich einfrieren, bis wir wieder ähnlich hohe Temperaturen erreichen wie im Winter 1929/30. Es war Mitte Januar bitter kalt wurde und das Thermometer immer mehr abnahm bis gegen 30 Grad Kälte. Das ist um so mehr zu beklagen, als die umgebenden Berge Deutschlands gegenwärtig unter starken Schneelagen leiden. Vor der Winter bisher wirklich zu milde, denn wird jetzt sicherlich alles nachgeholt werden.

Die Straßenglätte hat am Sonntagabend einige Unfälle verursacht, bei denen meistens ärztlicher Schaden nicht verursacht wurde. An der Clarastraße brach sich ein städtischer Leichter beim Ralle die Sand, in der Fleckenstraße so ein Invalide eine Kopfverletzung zu.

### Sachbetrieb auf dem Eise

Der gestrige Sonntag mit seiner strengen Kälte und dem schneidenden Winde war nicht für empfindliche Menschen. Sie sahen am warmen Dien. Anders dagegen die Sport-Enthusiasten. In allen Lebensaltern bevölkerten sie die Eisbahnen. Auf der Ziegelwiese ging es zu, wie auf dem Jakobmarkt. Man sah vor den vielen Menschen keine mehr als die Eisfläche. Am Sonntagabend kündigte sich die Eis-Sportmanufaktur bereits durch starke Nordwinde nach Schilffischen in den hallischen Gefächern an. Die billigen Marken waren dabei ausverkauft.

Der nunmehr richtig ausgebrochene Winter hat auch schon die gute alte Saale in seinen Klamm gepackt. Offener nachmittags waren bereits ganze Strecken mit einer, allerdings noch nicht tragfähigen Eisdicke überzogen. Wenn die Kälte einhält, wird bald nichts mehr vom Wasser zu sehen sein.

### Wann kommt der nächste Preisabbau?

Der Lebensmittelpreisbericht ist nach der Behauptung des Statistischen Amtes der Stadt Halle in der letzten Woche um 0,45 Prozent zurückgegangen. Diese Errechnung führt sich auf eine Verbilligung im „Einkauf“, der bei 0,07 liegt. Immerhin sind schon jetzt jenseits die Preise für Heizung und Bekleidung, die hier einmal abgebaut werden, damit man wirklich von einer Verbilligung der Lebenshaltung sprechen kann?

In der Hallmarkt-Bühnerei liest am Montag, 24. Uhr, Walter Bauer aus seinen beiden Romanen „Ein Mann gibt in die Stadt“ und „Die notwendige Reise“ vor. Rosenroth Karten sind in der Anschie.

Mitteldeutsche Landesbank. Die Bilanz-Einlage der Vermögensgegenstände der Mitteldeutschen Landesbank findet am 23. Januar statt.

Der Frauenmarkt am Sonntag. Am Sonntag, gegen 10.30 Uhr, wurden auf dem Hofmeister ein Damenmantel, ein Damenhut und eine Handtasche gefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß die Eigentümerin, die an einer unvollständigen Krankheit leidet, sich vermutlich durch Einräuben des Lebens genann hat.

Volkshilfen. Zum 25. Januar an ist die Abendverkaufsstelle Salzpoststraße 2 von 18 bis 20 Uhr zum Kartenverkauf für alle im Februar stattfindenden Kurse, Arbeitsgemeinschaften, Vorträge, Führungen und Kulturveranstaltungen wieder eröffnet.



### Das System der Provokation

#### Zwischenfälle beim Nazi-Auszug.

In den nationalsozialistischen Provokations liegt Methode. In Berlin konzentrierten sich gestern die braunen Sturmtruppen ausgerechnet am Gebäude der kommunistischen Parteizentrale, dem Karl-Liebknecht-Domus am Wilhelmplatz. In Halle sammelten sie sich gestern in der Ledeburgstraße, wo das Bergarbeiterhaus steht, um dann durch ausgedehnte Arbeiterdemonstration zu ziehen. Die Folgen, die man leicht voraussehen konnte,

waren zahlreiche Zusammenstöße mit den anwesenden Bewohnern dieser Viertel, denen dauernd in die Ohren geblüht wurde, daß man sie „3. Reichslagen“ wollte. Daher erlösten immer wieder Gegenrufe. Schon am Kaminißen Weg wurde es bedrohlich. An der Ecke Kleine Ulrichstraße und Dickrussstraße gab es einen Zusammenstoß. Dort sind nach polizeilicher Mitteilung zwei Nazis durch Steinwürfer verletzt worden.

Die Nazis schlugen auf die am Straßengrand stehenden Arbeiter ein.

Ein Polizeibeamter, der einen gewalttätigen Nazi-Mann feststellen wollte, wurde von beiden Kampfbanden bedrängt, so daß der braune Purche verschwinden konnte. An der Ecke Bernburger Straße und Mühlweg waren Nazis aus ihrem Zug herausgelaufen und griffen Kommunisten an.

Der Zug selbst dokumentierte nur wieder die nationalsozialistische Schwärze. Wieder waren aus weiten Reihen des Ganges die Frankensymbole herbeigeholt worden. Anscheinend legt die Gauleitung seit alles auf die Karte Halle. Sonntag für Sonntag werden die braunen Mannen aus weitester Umgebung herangeholt, damit wenigstens hier eine feste Organisation über die Zeit zu erhalten. Heute von ihnen trat am Steintor 3 unvershämmt auf, durch das sie Passant verbot, belästigt zu werden. Durch das freche Auftreten des Gauleiters artete der Wortwechsel in eine Schlägerei aus.

### Ein dresdner brauner Bettler

Am Sonntagabend schwangen wieder Nazis ihre Fahnen, um von den Vorübergehenden eine kleine Spende für ihren nachbrennenden Arbeiterklub zu erlangen. Eine von ihnen trat am Steintor 3 unvershämmt auf, durch das sie Passant verbot, belästigt zu werden. Durch das freche Auftreten des Gauleiters artete der Wortwechsel in eine Schlägerei aus.





# Mehr kulturelle Kraftentfaltung

Nur Mitarbeit berechtigt zur Kritik

Überaus groß ist das Interesse der Merseburger Genossen an ihrer politischen Organisation. Das bewies der starke Besuch der gestern abend stattgefundenen Generalversammlung. Genosse Jochenst, der bewährte Vorsitzende, leitete die Versammlung ein mit ehrenden Worten für die Toten, die die Partei durch Wort und Tatkraft hat hingeben müssen. Dann erläuterte er den Sachverhalt über die das vergangene Jahr hoch geehrt, wie hoch der Einfluss der Mitgliedschaft und der Funktionäre gemein sei. Dennoch müsse die Bewegung mit neuem Elan erfüllt werden. Die Ziele der Sozialdemokratischen Partei, die sie in den letzten Jahren angestrebt hat, kann die Bewegung politischen Lebens der sozialistischen Massen im Sozialismus zu vertiefen. Es geht nicht an, in der Bewegung nur ein Mittel zu sehen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Darüber hinaus sei es notwendig,

## den kulturellen Inhalt der sozialistischen Idee in den Vordergrund zu stellen,

der Bewegung den ideologischen Schwung der Jahre nach dem Sozialistengesetz zu geben. Das Fundament der Sozialismus ruhe nicht im Materialismus, sondern in der kulturellen Kraftentfaltung.

Die breite Masse der Mitgliedschaft muß mehr zur Mitarbeit in der Partei herangezogen werden. Die Mitarbeit führen könne, habe auch das Recht zur Kritik verdient.

Der Merseburger Ortsverein habe betonen, daß er stets zur Zeit bereit ist fünf Wochen für die Arbeit zu tun; hinzu kommen noch die Elternkretainnungen. Weit über 100 000 Fraktionsmitglieder sind tätig. Die Beschlüsse wurden von den Fraktionen verteidigt. Dafür gebühre ihnen der Dank der Partei. Sinau kommen 10 öffentliche Versammlungen, fast stets überall besucht, eine große Reihe von Mitgliederversammlungen, Fraktionsmengen und Vorstandssitzungen. Die Wahlen haben auch bewiesen, daß die Mitglieder sich nicht trennen lassen, ja wir können sogar noch aufbauen. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß die Wahlen mit den geringsten Mitteln durchgeführt werden müssen. Allen den Betreibern der Organisations der Elternfront, die Schüler an Schulen mit der Partei geknüpft haben, sei der Dank der Partei.

Genosse Kaufhold gab den Resorbentien. Auch in ihm spiegelte sich das Bild der Kampfe des Vorjahres. Trotz der hohen Ausgaben infolge der Wahlenkampfe zeigt die Kasse fast den gleichmäßigen Verlauf wie im Vorjahre. Für die

Präzisionskommission berichtete Genosse Dirschfeld. Die Mitgliederzahl ist um einige wenige Prozent gestiegen. Es sind die Konjunkturgenossen, an die es nicht schade ist, und denen die Partei keine Kräfte nachgeben. Im Gegenteil.

Dem Ratgeberbericht folgten die Berichte der Frauen (Hilf: Erna Dirsch), der Jugend (Hilf: Heinz Gennig) und der Kinderfreunde (Loni Fischer). Einmütig wurde der Beschluß gefaßt, lässig Parteibände zu veranlassen, um die Bindungsarbeiten intensiver aufnehmen zu können.

Die Entlastung von Vorstand und Kassierer wurde einstimmig beschlossen. Eine Debatte über die Berichte fand nicht statt.

Aus dem Vorstand schieben die Genossen Weider und Gennig wegen Überbelastung aus. Statt ihrer wurden als 2. Kassierer Genosse Fischer und als 2. Ratgeber der Kulturkreis der Genosse Gellom gewählt. Der nächste Vorstand unter der Leitung des Genossen Jochenst und Lechau wurde einstimmig wieder gewählt.

Zum Unterbezirksvorstand wurden die Unterbezirkskonferenz vorgeschlagenen Genosse Deitzsch als 1. Vorsitzender, Genosse Kaufhold als 2. Vorsitzender, Genosse Jochenst als Schriftführer; die Genossen Erna Dirsch, Genosse Hermann Gehhaar und Kassierer als Stellvertreter, Genosse Dirschfeld als Mitglieder der Präzisionskommission.

Als Delegierte zur Unterbezirkskonferenz wurden die Genossen Lechau, Erna Dirsch, Helene Richter, Adolf Dieme, Hermann Gehhaar fern und der Jugendgenosse Heinz Gennig gewählt.

Einmütig wurde Genosse Lechau als Delegierter zum Bezirksparteitag der Unterbezirkskonferenz vorgeschlagen. Genosse einmütig der Genosse Jochenst für den Reichsparteitag.

Damit waren die Wahlen beendet. Eine Reihe von Anträgen, die der Ortsverein für den Parteitag zu stellen wünscht, sollen in der nächsten Parteiversammlung am 2. Februar zur Beratung kommen.

Ein italienischer Genosse, der als Emigrant in Deutschland lebt, berichtete nach Erlebung der Lageordnung in erschütternden Worten von dem feilschenden Völkern. Worte, die wohl jedem Genossen zu Herzen gegangen sind und ihn noch mehr betraffen werden, mit ganzer Kraft den nationalsozialistischen Spieß in Deutschland zu befeigen.

Nach einer kurzen Pause schloß sich ein Filmabend mit dem russischen Film „Mutter“ von Gorki an.

## Brandstiftung des Raumesdemonstrations (1)

Ja, und dann mußte auf den Hausböden produziert werden. Die Leute müssen dazu gebracht werden, die Böden aufzuräumen. Wegen der Brandgefahr. Der Herr Oberleutnant glaubt das mit Hilfe eines Zeits zu erreichen. Die Frauen sollen überredet werden und gezwungen werden. Ordnung auf die Böden zu bringen (mit Hilfe der Gasgaskommando). Wenn das bei mehreren mal geschehen sei, „Sie sollen mal sehen, wie dann jede Frau sich Mühe geben wird, Ordnung auf ihren Boden zu bringen und alles Gerümpel zu beiseite.“

Die Hauptfrage aber seien die Schulen, und der Herr Oberleutnant rügte es besonders, daß sich hier in zwei Schulen die Lehrer geweigert hätten, den Luftschutzraum mitzumachen. Doch machte er die tröstliche Mitteilung, daß

## vom Provinzialkulturstadium in Berlin der Luftschutz in Kürze als Pflichtschulunterricht in der Volksschule eingeführt wird.

Denn wie schon wäre es, „männ vorzunehmen, falls die Mutter angänglich ist und nicht recht Bescheid weiß, das Kind sagen könne: Sieh mal, Mutter, das ist gar nicht so schlimm, das hat man uns in der Schule beigebracht und das wird so und so gemacht.“ — Ist das nicht rührend, wie so das Kind zum Mutter seiner Mutter und keinen Gasgaskommando wird, denn „der Vater hat ja da zu sein, wo er hingehört.“

Es ist also alles nicht so schlimm, ganz einfache Angelegenheit, wenn die Mütterindustrie, Pflanz und Konfekt, das Volk in den Krieg getrieben haben. Dann ist der Luftschutz da, kosten auf das fast nichts, und der Tod ist soviel umsonst. Der Teufel soll sie holen!

Wir wünschen allen Kriegshebern und allen denen, die das Volk mit diesen Luftschutz-Zwischen in Sicherheit wiegen wollen, damit es um so leichter der Kriegspolizei erliegen, daß sie die Wirkungen des Selbstvertrauens an sich selbst einmal inüben möchten. Der beste Luftschutz ist eine wirkliche Berufsangelegenheit und die Arbeit von einem Genossenschaft im Innern wie im Außen.

## Kommunistische Demonstration verboten

Das Polizeipräsidium Meißens teilt mit: „Der Bezirksvermerksdienstausschuss Halle-Merseburg (kommunistisch orientiert) hat für morgen, den 24. Januar, zu einem Demonstrationsmarsch nach Merseburg angewiesen. Der Regierungspräsident in Merseburg hat diesen Demonstrationsmarsch wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten. Die Polizeibehörden sind angewiesen, alle Versuche, dem Verbot zuwider zu demonstrieren, durch Anwendung unmittelbaren Zwanges zu verhindern. Der Polizeipräsident bitten die ordnungsliebende Bevölkerung, sich von den Maßnahmen der SPD fernzuhalten.“

Auch zur heutigen Stadtratsbesitzung in Merseburg planen die Kommunisten wieder ihren lässigen Krampf auf dem Markt. Abgesehen davon, daß sie ihre Anhänger dabei immer wieder in Gefahr bringen, haben sie damit praxismäßig für die Arbeiterklasse noch nichts erreicht.

## Arbeiter-Wahlfahrt. Die Raststunden finden wieder regelmäßig Dienstagmittags von 3 bis 6 Uhr, Mittwochabends von 8 bis 10 Uhr, und Donnerstagmittags von 3 bis 6 Uhr statt.

Note fallen. Am Mittwoch fällt der Gruppenmittags aus. Dafür Treffen auf dem Werke.

Die Zahl der Arbeitsschenden in der Stadt Merseburg ist in der ersten Januar-Woche unter eine Kleinigkeit zurückgegangen. Sie beträgt jetzt 346 gegen 347 im Vorjahre. Bei den Frauen ist die Zahl der Arbeitsschenden noch gering geblieben.

## Kreis Deitzsch Eilenburg

## Zuch den politischen Wandbanden!

Am Orade des gemordeten Arbeiters über die Feder, als am Sonntagabend etwa 600 Ar-

beiter, Sozialdemokraten und Kommunisten, einen zweiwöchigen Randmarsch antraten, um dem Klassen-genossen Rebe in Preßen das Geleit zu geben. Hunderte von Arbeiterführern reichten sich in die Höhe, als der Zug aus dem Hause seiner Familie getreten wurde. Erlosb der Zug, durchbrach mit roten und schwarzroten roten Fahnen, als es ins Nachbardorf zum Friedhof ging. Wohl ist der Tater gefaßt worden — mag er seiner Strafe entgehen sein — aber die ungetreue Kulturhande wird nie auszulassen sein, die uns das braune Landsnechtstum gebracht hat. Was mag die Strafe des Verbrechens gegen das große Zeil seiner noch jungen Frau und seiner drei toten Kindern? Da stehen jene beiden Jungen und sein kleines Mädchen, lange noch nicht der heftenden Hand des Vaters entzogen, und sehen ihren gemordeten Vater ins Grab legen. Angestrich dieses Schmerz empfindet man erst das Brutale der ganzen Tat, und in uns allen wuchs der Wille zur entschlossenen Abwehr einer solchen Bewegung, in der das Menschentum nichts, gar nichts trieg.

Wo waren sie, die Gewaltprebiger, die Nazis und ihre Bauerntreue? Wer waren die Strahen der Dörfer, aber hinter den Garbinnen sah man wanden auf die Journalisten der Arbeiterzeitung, die als unheimlich blasse Wangen zu sehen und schmerzvoll die Blätter auf dem Rücken ein durch Raumbord, der Raumbord, ein Marsch der Mahnung und Warnung. Wegen die Nazis und ihre Hintermänner (die wahren Schuldigen) die Zeichen der Zeit begreifen!

## Wird um nichts und wieder nichts

In der „Beiziger Volkszeitung“ lesen wir über die schändliche Mordtat an dem Arbeiter Rebe noch folgendes:

Rabi Rebe kam gegen 23.30 Uhr mit Bekannten von einem Familienabend. Im Gelbhof Preßen fand ein Raubverbrechen statt, zu dem die unglücklichen Gruppen der SA, erdigen waren. Jemand klopfte von außen an seine Tür, worauf die Herren herausstiegen, das ganze Daz abschalten und sogar in Wohnungen eindringen, aber niemand fanden. So alle den wüsten Rebe, der in Begleitung seiner Gattin und eines weiteren Genossen nach Hause ging, nicht das geringste. Wenige Schritte nach Verabreichung wurde der seiner Wohnung zugehende Begleiter durch einen Schuss getötet. Gineklend fand er Rebe auf dem Boden liegend, neben ihm eine erschrockene Frau und einen uninformierten Nazi. Der Nazi umkreiste sein Opfer und ging sofort dem herbeieilenden Freunde an den Hals, wurde aber abgewiesen und beschwanden. Der Gefährdete, dem Blut aus dem Munde lief, wurde am anderen Morgen ins Krankenhaus gebracht, wo er verstarb.

Die Eilenburger Polizeiaktion auf dem Nordring heißt daran die unerschämte Bemerkung, daß der Begleiter eines Diebstahls an Silberzeug verhaftet ist, wo in der Öffentlichkeit ein heftiges Maß über geübt worden sei. Es ist an der Zeit, daß man die politischen Urheber dieser Mordtaten herausgreift, dann endlich wird auch die Schreiweite gewisser Zeitungen sich ändern.

Wie uns noch bekannt wird, hat Rebe, ein gültiger, selbstloser Mensch, im Vorjahre im Dorfe für die Winterhilfe gesammelt. Das gesammelte Geld ist der Reichsrotte Hilfe zugeweiht worden. Und von diesen Händen mußte er sterben.

## Saalkreis SPD. Unterbezirk Halle-Saalkreis

Am Sonntag, dem 29. Januar, vormittags 9.30 Uhr, findet in Halle im „Volkspark“, Burgstraße 27, unsere ordentliche Unterbezirkskonferenz statt.

Agenda Tagesordnung: 1. Politisches Referat; 2. Berichte; 3. Wahlen; 4. Anträge und Beschlüsse.

Mit Stimmrecht nehmen an der Tagung teil: die Delegierten der Ortsvereine und die Unterbezirksvorstandsmitglieder. Mitglieder können den Verhandlungen als Zuhörer beiwohnen. Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen.

Der Unterbezirksvorstand.

## Der Gastod ist umsonst

Vorbereitung zum Gasheilig

Der Luftschutz Oberleutnant Rohdack ist nun tatsächlich in Merseburg und will hier (auf allerhöchsten Befehl. Red.) mit Unterstützung der Behörden „aufschwimmen“. Dazu hat er sich seine Spielzeuge mitgebracht — jezt Luftschutzplan gleichen Namens — mitgebracht, die noch vor einem Jahre hier Volkstänze veranlaßte und nun als freiwilliger Arbeitsdienst in ganz Deutschland herumreist, um mit Förderung der Reichsregierung „praktische Übungen“ im Luftschutz vorzuführen. Geschäft ist also bei dem Herrn Oberleutnant tot allem Geschäft. Sicher reichert sich die Luftschuterei auf Kosten der Steuerzahler besser als Volkstänze und nationale Kassenpieler.

Vor einer inkonsequenten Höflichkeit hat der Herr Oberleutnant freitrag nachmittags in der Mittelschule in Merseburg seine Besichtigungen vom Stapel gelassen. Die Sache ist danach gar nicht so schlimm. Nach der Meinung des Herrn Oberleutnant Rohdack ist der Luftschutz eigentlich eine ganz einfache Angelegenheit. „Der positive Luftschutz ist weiter nichts als die Kunst, sich zu bedenken, wenn und unter was auf den Kopf schmeißt.“ Weiter sei auch der Luftschutz keine Frage des Vortemponnaies, sondern des Charakters.“ Den Charakter möchten wir sehen, der, wenn ein Bombengeschwader die Stadt mit unzähligen Gas- und Brandbomben

belagt, es auf dem Hausboden auskühlt, um den Brand mit Gas zu löschen. Das ist ja geradezu lächerlich. Und doch verlangt der Herr Oberleutnant, daß jedes Haus angeschrieben werden sollte, was es kostet und noch besser.

„Wir nehmen an“, meint der Luftschutzleutnant weiter, „daß die wehrfähigen Männer nicht mehr da sind, sondern da, wo sie hingehören.“ (An die Front nämlich. Red.) „Wer soll dann löschen?“

## Dann brauchen wir die Jungen, Mädchen und Frauen.

Wenn sie wissen, daß sie es müssen, weil ihre Männer nicht mehr da sind, dann machen sie auch mit und sind dann sehr gut zu gebrauchen.“

Ist das nicht blutiger, verdrehterer Spinnmüll?

Seine Spielzeuge ist gern bereit, einen Luftschutzplan zu bauen. Antische Stellen in Berlin haben dafür einen Kostenanschlag von 100 Mk. gemacht. Er mache das mit 20 Mk. und weniger. Wasserleitungen und dergleichen sei alles untauglich. Je primitiver, um so besser. Dann müsse man die Leute eine Stunde darin sitzen lassen, damit sie sich gewöhnen. Und dann gäbe es hunderttausend Raubgase, wo man den Leuten die



# Mieterstreik in der größten Mietskaserne

„Mit einer Wohnung kann man einen Menschen genau so töten, wie mit einer Axt“

Vor dem Haus Meerstraße 132/133 im Norden Berlins steht eine Menschenmenge. Es wird erregt debattiert. Es geht um das große Ereignis dieses Hauses: den Mieterstreik.

Man tritt näher. Hinter der Gendarmenpost steht der Hausbesitzer, Herr — eine große Straße, die mitten durch das Haus hindurchführt, überbrückt von sechs Treppenhäusern. Man tritt: erster Hof — zweiter Hof — dritter Hof. . .

Dieses Haus, der „Meierhof“, ist Deutschlands größte Mietskaserne — eine Stadt für sich. Es beherbergt jede Nacht dreihundert, jeden Tag — einschließlich der in den Betrieben des Hauses Arbeitenden — sechshundert Menschen. Es hat sechs Höfe und fast ein Vierteltausend Wohnungen.

Dieses Haus ist aber zugleich die gesundheitsvollste Wohnstätte, die jemals Hunderte von Arbeiterfamilien zusammengepackt worden. Wo man hinblickt: Schmutz, Verfall, Elend, Seemannsloshäuser.

Wir steigen vier Treppen hoch. Ein Mann liegt krank im Bett. Die ganze Stube hängt voller Wäsche. Für 1300 Menschen gibt es nur zwei Waschküchen. Hier fehlt der kleinste Tabakstempel. Nebenher hat sich einer mit Gas umgebracht. Da höchstens die Wunden fließen. Mit sechs Rika Schwefel können sie vorübergehend vertreiben werden.

Am vierten Hof eine Tafel: „Christliche Gemeinde, Apostel Johannes.“ Eine kleine Seite, die Mitglieber list Hausbewohner. Ein kleiner Versammlungsraum mit brennenden Kerzen und Bibelprüden. Gottesdienst in dieser Halle — Tragödien unserer Zeit. . .

Der Pferdestall im letzten Hof ist vom Tierärztlichen Verein geschlossen worden. Kein Pferd war hier vor Krankheiten geschützt. Das ganze Haus ist ein Seuchenherd, die Zuberlufte müht. Aber Menschenhühner gibt es nicht. Neben dem ruffenden Schornstein: eine Pumpenfabrik. Man läßt sich an den Kopf: Lebensmittel werden in dieser Umgebung hergestellt! Der Friseur in seinem Kellerladen kämpft verzweifelt um die primitivsten hygienischen Voraussetzungen seines Berufs.

An der Mauer sind die Worte angebracht: „Wir wollen wie Menschen wohnen!“ Es ist die Parole des Mieterstreiks, der hier seit wenigen Wochen durchgeföhrt wird — eine spontane Aktion erlitteter Menschen, nachdem kein anderes Mittel half.

Der Besitzer ist ein russischer Emigrant, der im vornehmen Westen wohnt und gelegentlich einmal im Auto in der Meerstraße vorfährt. Er hat vierzig Häuser in Berlin. Er hat alle dringenden Bitten um Abstellung der größten Schäden abgelehnt. Da haben sich die

Mieter des Meierhofs zusammengetan, um ihre primitivsten Rechte zu erkämpfen. Eine ungeheure Mietererfammlung wurde einberufen, eine Straßensitzung gewählt. Einmütig fanden alle zusammen und stellten ihre Forderungen auf: Mietsnachlass, Reparaturen, reines Trinkwasser, Organisationsklub. Die „Christliche Gemeinde“ reichte sich geschlossen in die Streikfront ein.

Geschüttet verläßt man den Meierhof, um seinen Bewohnern den vollen Sieg in ihrem Kampf. Man denkt an eine Jagd: dreihunderttausend Wohnungen stehen leer in Berlin; man denkt an ein Wort Heinrich Jilles: „Mit einer Wohnung kann man einen Menschen genau so töten wie mit einer Axt.“

## Beschuldigungen gegen Funddirektor

Betrug oder politische Hehe?

Der Direktor der Berliner Fundstunde Professor Friedrich Knöpffe wird von dem Reichsstaatsanwalt Steinacker beschuldigt, Schmiergelder in erheblicher Höhe von der Berliner Druckerei J. S. Breuß erhalten zu haben. Die Staatsanwaltschaft I Berlin prüft die Angelegenheit.

Vor einigen Monaten waren in Berlin der Verkaufsleiter Jannemann der Druckerei Breuß und der in der Berliner A.G.-Abteilung der J. S. Farben beschäftigte Angestellte Dinnemann verhaftet worden. Jannemann wurde beschuldigt, an der Vergebung von Druckaufträgen beteiligte Angestellte fortgesetzt bestochen zu haben. Er bestritt die verteilten Schmiergelder auf eine halbe Million Mark. Die Staatsanwaltschaft stieß nun bei ihren Ermittlungen, insbesondere bei der Prüfung der Bücher der J. S. Breuß auch auf den Namen des Direktors Knöpffe der Berliner Fundstunde. Es sind an Knöpffe wiederholt größere Beträge übermittelt worden. Die Staatsanwaltschaft will feststellen, ob die von der Firma Breuß, in

deren Druckereibetrieb die Zeitschrift „Die Fundstunde“, das offizielle Organ der Berliner Senedgesellschaft, hergestellt wird, an Knöpffe geleistete Zahlungen regulär sind und sich mit dem Verkauf des Organs, der früher in Knöpffes Besitz war, erklären, oder ob es sich hier um illegale geschäftliche Transaktionen handelt. Einmütig wurde gegen Direktor Knöpffe und gegen die Firma Breuß das Verfahren wegen Bestechung wegen den § 12 des Strafgesetzbuchs gegen den unlauteren Wettbewerb eingeleitet.

Der Verdacht wäre wohl nicht so groß, wenn nicht Professor Knöpffe bereits wiederholt wegen früherer unbeschuldigter Geschäfte straf angeklagt worden wäre. Die Zeitschrift „Die Fundstunde“ befand sich früher, nachdem die Berliner Senedgesellschaft im Jahre 1923 als private Aktien-gesellschaft gegründet worden war, in Knöpffes Alleinbesitz. Knöpffe, auf dessen Initiative die Gründung des Berliner Fundhauses selbstlos mit zurückzuführen ist, war an dem Organ als geschäftsführender Geschäftsführer ebenso interessiert wie als Besitzer oder Teilhaber. Später wurde die Senedgesellschaft zu 50 Proz. von der Reichspost übernommen und damit staatlich.

Trotzdem bezog Knöpffe außer seinem Direktorengehalt keine Nebeneinkünfte aus dem monopolisierten Privatunternehmen weiter. Erst nach Eingreifen des Ausschusses der Fundstunde und des Reichsrundfunkkommissars Dr. Bredow im Oktober 1928 wurden Knöpffes Bindungen mit der von ihm gegründeten Zeitschrift „Die Fundstunde“ gelöst. Wenn es nun auch der Öffentlichkeit gegenüber immer wieder heißt, daß Professor Knöpffe, der seine Anteile an die Druckerei Breuß verkauft hatte, an der Zeitschrift „Die Fundstunde“ in keiner Weise mehr beteiligt oder wirtschaftlich interessiert sei, so scheint sich jetzt doch herauszustellen, daß Knöpffe weiter Auskünfte der veräußerten Anteile und Dividendenempfänger gewesen ist. Ein Teil der an Knöpffe übermiesenen Gelder wird allerdings dem Ausgleich für die seiner Zeit an die Firma Breuß veräußerten Knöpffe-Anteile der Zeitschrift barsteltten. Um übrigen wurden in der Druckerei Breuß außer der Zeitschrift „Die Fundstunde“ auch sämtliche anderen Druckarbeiten für die Berliner Senedgesellschaft hergestellt. Es wird der Verdacht geäußert, daß Knöpffe für die Zuteilung von Druckaufträgen an die Firma von ihr geschmiert worden ist.

## Die Grippe-Epidemie

Im Ruhrgebiet mehren sich die Grippeerkrankungen in erschreckendem Maße. In Düsseldorf wurden sämtliche Schulen, in Hagen das Realgymnasium geschlossen. In Wanne-Eickel und Herne fehlen in den Volksschulen 25 bis 40 Proz. der Kinder. Sehr stark ist auch Dortmund von der Grippe betroffen; sämtliche Krankenhäuser der Stadt sind überfüllt. Außerdem macht sich im Ruhrgebiet im Bereichswesen der Ausfall an Straßenbahnpersonal unangenehm bemerkbar.

## Raubüberfall

In Hork-Emscher streckten zwei Banditen den Chauffeur eines Lehnsmotors durch einen Raubschuß nieder, entrißten dem Vermundeten eine Aktentasche mit 3000 RM. Inhalt, sprangen auf den Lieferwagen und fuhren mit ihm — stets von der Polizei verfolgt — nach Buer. Hier verlegte plötzlich der Motor; die Verbrecher sprangen ab und stüchelten in Richtung Wanne-Eickel. Es gelang ihnen zu entkommen.

## Wassernot auf Sumatra

Im Nishgebiet auf Nordsumatra führen infolge starker Regenfälle viele Flüsse Hochwasser. Bei Ibo Soeken sind sieben Menschen ertrunken. Auch aus vielen anderen Wäldern werden Unglücksfälle gemeldet.

## Unterweltschlacht

Bei einem blutigen Kampf zwischen Holländer Mitgliedern mehrerer Unterweltsvereinigungen wurden der Nitrofabrikant Harry Meeger und einer seiner Komplizen erschossen.

## Opfer des Bergwerks

Auf einer Sohle der Kohlenzeche „Snamrod 11“ in Herne (Westfalen) wurde ein Bergarbeiter durch Felsblöcke verdrückt und getötet, einer seiner Kollegen schwer verletzt.

## Gifttod

Zwei Gärtnerinangestellte aus Frankfurt a. d. O. wurden während ihres Nachschlafes durch austretendes Kohlenoxydgas tödlich vergiftet.

## Schwere Lunatik auf dem Wedding

Ein Berliner Wedding kam es zu schweren Lunatiken. Die nationalsozialistische Jugend hielt eine Kundgebung ab, zu der sich zahlreiche Kommunisten Zutritt verschafft hatten. Gleich nach Beginn der Versammlung gab es Kravall. In dem entstehenden Durcheinander vermischte sich die

Polizei nur schwer durchzusetzen. Nur mit Mühe wurden die Gegner schließlich von der Szene aus dem Saal gedrängt. Die Versammlung wurde aufgelöst. In der Nähe des Versammlungsorts kam es wiederholt zu größeren Anordnungen kommunistischer Demonstranten. Verletzte sind, soweit bisher bekannt geworden ist, nicht zu beklagen.

## Die Bluttat von Leipzig

Ein Arzt als Helfer  
Eigener Bericht

Leipzig, 21. Januar.  
Nach dem hinterhältigen Überfall der Leipziger Nationalsozialisten auf Angehörige des sozialdemokratischen Schupes, bei dem am Donnerstag mehrere Genossen schwere Schußverletzungen davontrugen, wurden in der Dunkelheit Nazis von ihren eigenen Leuten ver-

prügelt. Zwei Nationalsozialisten wurden von dem Sanitär Schubert in das Krankenhaus St. Jakob eingeliefert. Als der Nationalsozialist Götze, der verdrängt wird, auf die Sozialdemokraten geschossen zu haben, auf der Station in seine Kleider abgeben mußte, verlor er einen rechten Kniegelenk. Es waren Geschosse gleichen Kalibers, mit dem unsere Genossen die schweren Verletzungen erlitten haben. Der Arzt Ziegler hatte nämlich Erlaubnis zu sein, als die von den Nazis verlorene Munition in seiner Wohnung zu verladen. Dort wurde der Patronenrahmen von der Polizei gefunden.

Ziegler hat dadurch die Bluttat zu verdunkeln und die Nazis zu begünstigen versucht. Der Sanitär Schubert, der verhaftet wurde, hat den Sachverhalt zugegeben und ausgelegt, daß Ziegler den Patronenrahmen nur verlegt hat, damit die Nazis nicht bestraft würden.

## „Geregelt durch Verlobung“

Ein elegantes Verfahren, seine Schulden zu begleichen, hat kürzlich ein Pariser Junggeheiratet bestritten. Er war von einer unehelichen Dame vor dem Friedensrichter seines Stadtbezuges zitiert worden, da er trotz mehrfacher Mahnungen seine alte Schuld noch nicht zurückgezahlt hatte. Der Angeklagte dachte lange nach und mütterliche dabei seine Gattin vom Kopf bis zu den Füßen. Die Mutter mußte gütig ausgefallen sein, denn plötzlich erklärte der Beschuldigte beideren Gehalts: „Ich erkenne die Schuldforderung an; aber ich sehe gleichwohl, daß die Klägerin eine reizende junge Dame ist. Wenn sie frei von ehelichen Banden oder Verpächtnissen ist, bin ich bereit, sie gegen die Streichung meiner Schuld zu betrauten.“ Auf die Frage des Richters, wie sie über diesen Vorschlag denke, antwortete die Klägerin: „Einen derartigen Vergleich kann man nicht ablehnen. Der Antragsteller scheint mir ein ernsthafter und tüchtiger Mensch zu sein. Ich stimme also dem Vergleich zu.“ Nachdem der Richter den beiden Parteien die Abschlüsse des nächsten Standesamtes mitgeteilt und sie zu ihrer Verlobung beglückwünscht hatte, trug er Schlußwort in die Akten des Straßensalzes dem Bismarck ein: „Geregelt durch Verlobung.“

## Rinderjagd 1933 . . . Eine Dorffstraße als Zentrum des Schmuggelhandels

Eigener Bericht  
Amsterdam, Ende Januar.

Eines der eigenartigen Grenzgebiete zwischen Deutschland und Holland ist das nur acht Kilometer von Waaden entfernt liegende Kerkrade in holländisch-Limburg. Hier läuft die Reichsgrenze durch die Neue Straße, von der die eine Seite und der ganze Fahrdamm nach zu Deutschland, der Bürgersteig und die dahinter liegenden Häuser an der anderen Seite schon zu Holland gehören. Auf der holländischen Seite steht haben neben Baden — und je höher die deutschen Zölle steigen, um so besser geben die Geschäfte. Außerdem liegen hier zahlreiche Restaurants, in denen so manches heimische Geschäft über die unsichtbare und doch durch die Anwesenheit stets patrouillierender deutscher Zollbeamten immer sichtbare Grenzlinie vermittelt wird.

Auf der deutschen Seite liegen vor allem Arbeiterwohnungen. Wenn sich die Bewohner dieser Häuser nicht mit dem stillen Einverständnis der Zollbeamten von der gegenüberliegenden Straßenseite aus der holländischen Bäckerei ein Brot, aus dem Nationalwarenlaben Wurst und Käse holen, dann müssen sie erst ein paar Kilometer laufen, bis sie auf deutscher Seite wieder auf Geschäfte treffen.

Aber noch privaten Kleinhandel abgeben, stehen durch die Grenzstraße recht beträchtliche Mengen Mehl, Kaffee, Zucke und Zucker nach Deutschland hinein. Viele der hier wohnenden deutschen Arbeiter sind arbeitslos, und die Verladung zum Schmuggeln ist in einer Straße, unter der dank dem politischen Inerstand unserer Zeit eine Zollgrenze läuft, sehr groß. Auch Frauen und Kinder schmuggeln hier; jede Frau weiß genau, wieviel Pfund Kaffee oder Tabak unter die Röcke gehen, ohne daß es auffällt.

In den dunklen Abenden setzen Hunderte von Menschen auf der holländischen Seite der Straße, wo sie ein wenig Geld in Einkäufen angelegt haben, von denen sie sich Gewinnen verschaffen. Sie warten geduldig, bis die deutschen Zollpatrouillen vorbei sind, warten in Regen und Kälte, und dann, wenn die Luft rein ist, schnell über den Fahrdamm auf den deutschen Bürgersteig zu laufen und in den Häusern, die sie wie Schatten verschlucken, zu verschwinden. Alle möglichen Finessen werden erdacht, um die deutschen Zollbeamten irrezuführen. Auch die Kinder werden tüchtig zum Schmuggeln erzogen; ein deutscher Zollbeamter sprach davon, daß teilweise mehr Rinderjagden veranstaltet werden müßten . . .

